


# Globale Zivilgesellschaft in Zeiten von Protektionismus und Renationalisierung

Ulrich Hemel, Direktor, Institut für Sozialstrategie · 09.11.2026

***Hinweis zur Neuveröffentlichung:*** *Dieser Beitrag entstand im Juni 2017 im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg. Am 3. Juli 2017 erschien er im Debattenmagazin „The European“ unter der Überschrift „Ohne Nationalstaaten geht es nicht“ (Seitentitel: „Ist die globale Zivilgesellschaft tot?“). Die Originalveröffentlichung ist heute nur noch über das Internet Archive abrufbar (Originalbeitrag bei The European im Webarchiv). Angesichts der*

*aktuellen Debatten um Zölle und Handelskonflikte, wachsende Abschottung und das Erstarken nationalistischer Kräfte veröffentlichen wir den Text erneut. Seine Kernfrage, wie Zuhören und Dialog über politische Gräben hinweg gelingen können, hat nichts an Aktualität verloren.*

15.6.2017

Globale Zivilgesellschaft lässt sich begreifen als die Gesamtheit aller Akteure weltweit, die weder Staat sind noch organisiertes Verbrechen.

Ein G20-Gipfel wie in Hamburg 2017 ist ein guter Anlass, auf aktuelle Herausforderungen der Zivilgesellschaft zu achten. Denn die globalisierte Welt ist unübersichtlich. Ihr fehlt die Wärme des sozialen Nahraums. Das Gefühl der Unsicherheit wächst, und so ist der Rückzug eine scheinbar angemessene Reaktionsform.

Ein solcher Rückzug kann zum Ausdruck kommen durch die Gentrifizierung von Stadtteilen, aber auch durch die Abwehr von Überforderung. Dann werden die Risiken und Schwierigkeiten internationaler Kooperation in den Vordergrund geschoben, deren Chancen eher vernachlässigt. Im großen sozialen Maßstab geht es dann um neue nationalistische Strömungen, um überraschende Wahlergebnisse bis hin zur Ablehnung von internationalem Handel und Austausch. Terroristische Gefahren, die überwiegend von jungen, fanatisierten Männern ausgehen, führen dazu, dass erworbene Freiheiten in Frage gestellt, Grenzen wieder kontrolliert und staatliche Kontrollen groß geschrieben werden.

Ist die globale Zivilgesellschaft deshalb tot? Sollen wir zurückkehren in die Welt der kleinen Einheiten? Kann es der einzelne Nationalstaat richten?

Die Antwort lautet dreimal nein, und der Grund ist einfach: Mit weit über 7 Milliarden Menschen, mit einem von Menschen mitverursachten Klimawandel und mit der Unvermeidbarkeit globaler Information und Kommunikation entsprechen solche Rückzüge einer Vogel-Strauß-Politik.

Auch wenn Alleingänge sich manchmal auszahlen, gilt doch: Zivilisatorische Fortschritte sind Gemeinschaftsaufgaben. Nicht Konfrontation, sondern Kooperation ist die Lösung. Nicht das Denken in „Wir gegen die Anderen“, sondern das Zuhören, Sehen, Urteilen und Handeln bieten Lösungswege.

Zuhören heißt aber, fremde Erfahrungen und Gefühle erst einmal wahrzunehmen. Denn die Beachtung ist der Beginn der Wertschätzung. Hier sind aber auch Lernprozesse bei Medienschaffenden, in den NGOs und in der liberalen Welt des sogenannten freien Westens erforderlich.

Ein paar Beispiele: Aus mitteleuropäischer Sicht driftet die türkische Regierung in ein autokratisches Regime ab. Dabei wird übersehen, dass Erdogan nach wie vor Mehrheiten mobilisiert, dass die Türkei an Syrien und den Irak grenzt und daher unmittelbar vom dor tigen Bürgerkrieg betroffen ist. Zusammen mit der ungeklärten Kurdenfrage kann ein wirklich oder vermeintlich starker Mann ein Gefühl der Sicherheit geben, ob uns das im immer noch sehr sicheren Deutschland passt oder nicht.

Ist das eine Verteidigung von Herrn Erdogan und seiner Menschenrechtsverletzungen? Nein. Die Aufgabe einer freien Welt ist es aber auch, diejenigen Themen wahrzunehmen, die der anderen Seite wirklich am Herzen liegen. Das kann durchaus konfliktreich sein, etwa wenn jemand die Forderung nach einem unabhängigen Kurdenstaat aufstellt. Aber es sollte geschehen in der Form der Wahrnehmung und Wertschätzung der Nöte und Sor gen der anderen Seite.

Ein zweites Beispiel: Der russische Präsident Putin hat sich widerrechtlich die Krim ange eignet und nach allen verfügbaren Quellen die Korruption im Land nicht eingedämmt. Doch auch hier gilt das Prinzip vom blinden Fleck im eigenen Auge. Ob zu Recht oder zu Unrecht: Putin sieht sich als Verteidiger christlicher Werte, als Bollwerk gegen islami-schen Terrorismus und als Hüter einer eigenständigen russischen Kultur mit einem star-ken Staat.

Auch das ist keine Verteidigung von staatlichen Übergriffen, von Gewaltmissbrauch und von bisweilen zynisch wirkenden Aktionen (wie etwa in Syrien). Es geht aber sehr wohl darum, sich mit solchen Sichtweisen aktiv auseinanderzusetzen statt sie einfach zu igno rieren. Dass dies auch in Deutschland von großer Bedeutung ist, zeigen rund 2 Millionen russischstämmiger Deutscher und rund 4 Millionen Menschen türkischer Herkunft.

Wie aber soll Demokratie als Austausch zwischen allen funktionieren, wenn die Themen, Sorgen und Meinungen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung gar nicht erst beachtet, sondern „übersehen“ oder allenfalls „abgewertet“ werden? Zur sozialen Kohäsion ge-hört eben auch die Wahrnehmung als Beginn der Wertschätzung- bis hin zu so unange-nehmen Themen wie den Sorgen ärmerer Menschen in Deutschland, gegenüber Flücht-lingen benachteiligt zu werden.

Das Argumentieren fängt damit an, die Lebenswelt des Anderen überhaupt zu beachten. Wer das nicht tut, lebt Missachtung und Ignoranz vor. Er befördert den Kommunikations abbruch und das Versiegen des Dialogs. Wer im Sinn politischer Korrektheit meint, nur einigermaßen ähnliche und „vertretbare“ Meinungen seien des Dialogs würdig, der grenzt andere aus und muss sich nicht wundern, dass diese sich wehren. Und wenn es durch den Stimmzettel zugunsten der AfD, zugunsten von Herrn Erdogan oder zugunsten von Herrn Trump ist.

Dialog kann Brücken bauen auch dort, wo Meinungen sich wirklich konträr gegenüber stehen. Aber der Dialog ist der Anfang der Achtung. Und weil der Abbruch von Dialogbrücken in eine schlecht begründete Renationalisierung, in wirtschaftliche Abschottung statt in Austausch nach festgelegten Spielregeln mündet, gehört es zur Verantwortung zivilgesellschaftlicher Akteure, auch mit Menschen, Institutionen und Staaten zu sprechen, die den eigenen Standards und Werten widersprechen. Das ist nicht Zynismus, sondern ein Zeichen der Hoffnung, einfach weil das gemeinsame Ringen um den besten Weg die Vernunftfähigkeit der jeweils anderen Seite (und auch die eigene Einsichtsfähigkeit) besser stimuliert als die trotzige Isolation.

Anders gesagt: Wir haben erst angefangen, an einer globalen Zivilgesellschaft zu bauen- auch wenn es Rückschritte gibt, und auch wenn wir lernen, dass wir ganz ohne Nationalstaaten auch in den nächsten Jahrzehnten nicht auskommen werden! Der G20-Gipfel in Hamburg könnte ein Anfang beim wechselseitigen Zuhören werden!